Kreis Borken
- Pressestelle -

17.07.2023

Zur ausländerrechtlichen Situation von Ousman John, gambischer Staatsbürger

Kurzfassung

Herr Ousman John ist seit dem 28.06.2022 rechtskräftig vollziehbar ausreisepflichtig. Eine freiwillige Ausreise in der vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) gewährten Ausreisefrist erfolgte allerdings nicht. Er wurde daher am 26.06.2023 zwecks Rückführung nach Gambia zum Flughafen Frankfurt/Main gebracht. Der Rückflug nach Banjul scheiterte dann aber aufgrund von aktivem Widerstand gegen drei Beamte der Bundespolizei, die sich als Begleiter für eine andere Person an Bord des vorgesehenen Flugzeuges befanden.

Am 27.06.2023 beschloss das Amtsgericht Frankfurt auf Antrag vom gleichen Tag Abschiebehaft bis zum Termin einer begleiteten Rückführung nach Gambia. Der Rückflug ist am 08.08.2023 vorgesehen.

Die Ausländerbehörde Borken wird aber die Entscheidung der nordrhein-westfälischen Härtefallkommission am 27.07.2023 abwarten und bis dahin am weiteren Vollzug der Abschiebehaft sowie am beabsichtigten neuen Rückführungstermin festhalten.

Chronologie:

Am 09.01.2019 beantragte Herr Ousman John bei der Deutschen Botschaft in Dakar/Senegal ein Visum für Deutschland. Am 21.03.2019 reiste er daraufhin ins Bundesgebiet ein. Am 23.08.2019 stellte er beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) einen Asylantrag. In dieser Zeit lebte er in Norddeutschland.

Mit Bescheid vom 29.10.2020 lehnte das BAMF den Asylantrag vollumfänglich ab. Gleichzeitig erfolgte die Androhung der Abschiebung nach Gambia und damit verbunden ein Einreise- und Aufenthaltsverbot auf 30 Monate ab dem Tag der Abschiebung befristet.

Am 11.11.2020 klagte Herr Ousman John gegen den BAMF-Bescheid vor dem Verwaltungsgericht Osnabrück.

Am 16.12.2020 beantragte er die Umverteilung nach Vreden, da er von einer dortigen Firma die Zusage für einen Ausbildungsplatz als Flachglastechnologe ab dem 01.08.2021 erhalten habe. Bis zum Ausbildungsbeginn wolle er dort zudem in Vollzeit arbeiten. Am 23.02.2021 wurde vom Kreis Borken die Arbeitserlaubnis für diese Firma nach Zustimmung der Bundesagentur für Arbeit erteilt. Am 26.03.2021 wurde er daraufhin durch die Bezirksregierung Arnsberg der Stadt Vreden zugewiesen und am 26.04.2021 nahm er bei der Firma in Vreden die Arbeit auf.

Am 11.05.2022 wies das Verwaltungsgericht Osnabrück die Klage gegen die Ablehnung des Asylantrages ab. Am 28.06.2022 lehnte das Niedersächsische Obergerverwaltungsgericht den Antrag auf Zulassung der Berufung gegen das Urteil des Verwaltungsgerichtes Osnabrück ab.

Das Urteil des Verwaltungsgerichts Osnabrück wurde somit rechtskräftig und die Ausreisepflicht trat ein. Da Herr Ousman John die Frist zur freiwilligen Ausreise verstreichen ließ, trat am 28.07.2022 die Vollziehbarkeit der Abschiebungsandrohung ein.

Am 11.08.2022 teilte der Vredener Arbeitgeber von Herrn Ousman John mit, dass dort keine Ausbildung angestrebt werde, sondern ein unbefristeter Arbeitsvertrag bestehe. Am 19.08.2022 erfolgte in der Ausländerbehörde Borken ein „Ausreisegespräch“ mit Herrn Ousman John. Danach bereitete die Ausländerbehörde Borken die Ausreise vor, u. a. mit der Beschaffung von erforderlichen Reisedokumenten aus Gambia.

Am 08.05.2023 trat er eine Vollzeitbeschäftigung bei einer anderen Firma in Vreden als Montagehelfer an.

Am 23.05.2023 wies ihn die Ausländerbehörde Borken bei einer Vorsprache auf seine Ausreiseverpflichtung hin. Er ließ dabei aber keine Bereitschaft zur freiwilligen Ausreise erkennen und wurde daher erneut über die Konsequenzen (ggf. zwangsweise Abschiebung) informiert, da unter Beachtung der derzeit geltenden Rechtslage für die Ausländerbehörde Borken keine Aussicht auf eine Aufenthaltslegalisierung erkennbar war.

Am 26.06.2023 wurde Herr Ousman John daher zum Flughafen Frankfurt/Main zwecks Rückführung gebracht. Am gleichen Tag erlosch auch die Duldung mit der hiervon abhängigen Arbeitserlaubnis.

Während der laufenden Abschiebemaßnahme am 26.06.2023 trug er dann erstmals die neuerliche Absicht vor, eine Ausbildung beginnen zu wollen. Schriftliche Nachweise hierüber (etwa in Form eines Ausbildungsvertrages o.ä.) konnte er jedoch nicht vorlegen. Sein Rückflug nach Banjul scheiterte dann aufgrund seines aktiven Widerstandes gegen drei Beamte der Bundespolizei, die sich als Begleiter für eine andere Person an Bord des vorgesehenen Flugzeuges befanden. Daraufhin erfolgte seine Ingewahrsamnahme und am 27.06.2023 beschloss das Amtsgericht Frankfurt auf Antrag vom gleichen Tag Abschiebehaft bis zum Termin einer begleiteten Rückführung nach Gambia. Der Rückflug ist am 08.08.2023 vorgesehen.

Am 04.07.2023 wurde dann der Antrag an die Härtefallkommission des Landes Nordrhein-Westfalen gestellt. Voraussetzung für das Vorliegen eines Härtefalls ist ein atypischer Sachverhalt, der sich deutlich durch die für den Betroffenen belastenden Besonderheiten von der Vielzahl möglicher vergleichbarer Fälle abhebt. Es muss folglich eine so außergewöhnliche Situation vorliegen, dass nach Abwägung zwischen dem öffentlichen Interesse an der Durchsetzung der Ausreisepflicht und den persönlichen Belangen des Betroffenen an einem weiteren Aufenthalt im Bundesgebiet das öffentliche Interesse aus humanitären Erwägungen zurückstehen muss.

Am 27.07.2023 wird die nordrhein-westfälische Härtefallkommission über den Fall beraten.